dlc 96000409 (cont.)

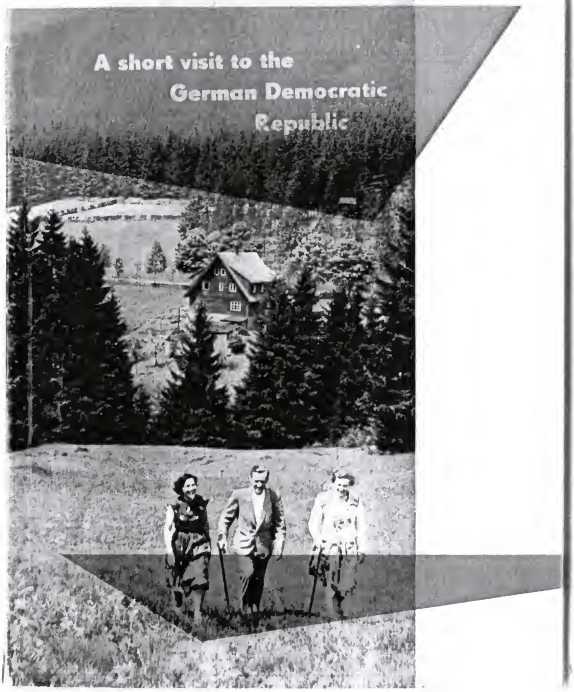
X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 796 3	215	70	DD261 (1950-1960) no. 1-70
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 797 5	216	48	DD261-DD261.A1
	217	—	Missing
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 798 7	218 A	72	DD261-DD261.4.G4
	218 B	22	no. 73-95
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 799 9	219A	100	no. 1-100 DD261.4.29 (1945-1951)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 800 1	219B	120	no. 101-230 DD261.4.29 (1951-1955)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 801 3			

X-DD261
2 - JAN 71
Copy 1958
#1



X-DD261
LR
#12

AUSSCHNITTE

CER
From: Publications Procurement
Office, Berlin
DEPARTMENT OF STATE
DEC 1 1957
LIBRARY COPY
PLEASE RETURN
AUG 24

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

„Revisionistische Auffassungen in der sowjetzonalen Wirtschaftswissenschaft"

Der im folgenden abgedruckte Aufsatz von Arne Benary ist ein prägnanter Ausdruck der unter den Intellektuellen der Sowjetzone verbreiteten oppositionellen Tendenzen, die die SED-Führung mit dem traditionsreichen Begriff "Revisionismus" zu bezeichnen pflegt.[1] Benarys Ausführungen spiegeln die Hoffnungen wider, die nach dem 20. Parteitag der KPdSU auch bei Vertretern des Marxismus-Leninismus Fuß faßten. Als die SED-Führung selbst den Kampf gegen den "Personenkult" und den "Dogmatismus" forderte, glaubten die lebendigsten Kräfte in den Reihen der parteigebundenen Intelligenz berechtigt zu sein, die bisher verbindliche konformistische Einstellung in Fragen der Theorie und Praxis aufgeben und das, "was ist", einer marxistischen Kritik unterwerfen zu können. Sie distanzierten sich in ihren Beiträgen zu den Diskussionen, die an allen wissenschaftlichen Institutionen geführt wurden, weder vom Kommunismus noch vom Marxismus-Leninismus, scheuten aber nicht davor zurück, traditionelle Dogmen anzutasten und tabuierte Probleme zu behandeln.[2]

1) Arne Benary: "Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode". In: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode. Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 62-94. ANLAGE I. Dr. oec. Benary ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

2) Auf der 30. Tagung des ZK der SED wurden folgende Dozenten von Ulbricht ausdrücklich als Revisionisten angeprangert: die Philosophen Wolfgang Harich, Ernst Bloch und die "Politökonomen" Fritz Behrens, Arne Benary und Kurt Vieweg (Agrarökonom).

„Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE #3

2 - AUG 19
Copy 1959

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die Gegenwartskunde in den Schulen der Sowjetzone

Der Osten wie der Westen kennen politische Bildung und Erziehung. Die "westliche" Auffassung ist am klarsten im Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen vom Januar 1955 formuliert. (Bezeichnend übrigens, daß ein unabhängiges Gremium ohne jede Exekutivgewalt die Grundlagen und Grenzen der politischen Erziehung und Bildung im demokratischen Geiste abwägt.) Das Gutachten wird bei diesen einführenden Zeilen benutzt.

Seit 1950 kennt die Sowjetzone Gegenwartskunde als besonderes Fach. Damals schlug in ihrer Terminologie das immanente Prinzip in die neue Qualität eines selbständigen Unterrichtsfaches um. Im Schuljahr 1953/54 wurde der Lehrplan für das 7. - 12. Schuljahr eingeführt. In der Sowjetzonen-Zeitschrift "Geschichte in der Schule" (Jahrgang 1956 Nr. 1 + 2) erschien dazu der im folgenden wiedergegebene Aufsatz des Greifswalder Geschichtspädagogen Eckermann, der den Anspruch erhebt, die theoretische Grundlegung des Faches Gegenwartskunde darzustellen. Er gibt ohne Zweifel die besonderen Merkmale des sowjetzonalen Gegenwartsunterrichts treffend wieder und verdient darum auch bei uns Beachtung.

1.) Im ersten Teil wird das Fach in das wissenschaftliche System des dialektischen Materialismus Stalin'scher Prägung eingeordnet. Der Lehrer muß nach Ansicht Eckermanns diese Grundlage erkennen und sich zu ihr bekennen. Erst dann sei ihm systematische Ordnung, Darbietung und Kritik aller Erscheinungen möglich. Die Grundlage des Faches ist die Fiktion: es gäbe langfristig wirkende, erkennbare Gesetzmäßig-

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19 59
Copy
#4
X-DD261

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Wissenschaft und Religion

Ein Aufsatz aus der Sowjetzone

Vorbemerkung

Aus dem hier abgedruckten Artikel von Heinrich Schwartze, (Leipzig) ist nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob ihm die sein Thema betreffende, überaus reiche Literatur, von der wir unten nur eine Auswahl deutscher Autoren anführen, tatsächlich unbekannt ist oder ob er diese Kenntnis nur verschweigt. Denn das Gespräch zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen, zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Theologie ist im 20. Jahrhundert von keiner der beteiligten Seiten als ein endgültig entschiedener Prozess beiseitegelegt worden, sondern gerade in den letzten Jahrzehnten mit erstaunlicher Intensität ohne Unterbrechung weitergeführt worden, wobei gerade von Seiten der Naturwissenschaft aus zu der Besinnung über Möglichkeit und Grenzen ihrer Aussage wesentliche Beiträge geleistet worden sind.

Heinrich Schwartze versucht durch Zitate der theologischen Literatur, die von Thomas von Aquino bis zu Karl Barth reichen, die katholische Haltung zu dieser Frage auf die einfache Formel zu bringen, daß die Gültigkeit einer naturwissenschaftlichen Aussage erst durch eine Lehrentscheidung des Papstes perfekt wurde, während der Protestantismus die Wissenschaft ihrer eigenen Verlorenheit überantworte und sie nicht einmal mehr der Polemik würdige.

Bei diesem summarischen Verfahren gerät die historische Dimension außer Betracht, und der Ton selbstzufriedener Genugtuung, mit der der Verfasser sein Fazit zieht, macht

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bann, Battlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

2 - AUG 19
Copy ____ 1959

#5

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Mustergesellschaftsvertrag für staatliche Beteiligung an Privatbetrieben

Auf seiner "Wirtschaftsseite für den Mittelstand" veröffentlichte "Der Morgen", das Organ der sowjetzonalen LDP, kürzlich einen "Muster-Gesellschaftsvertrag für staatliche Beteiligung an Privatbetrieben", wobei er nicht zu betonen vergaß, daß er damit "einer Bitte zahlreicher interessierter Privatbetriebe" entspreche. Dies mag sogar zutreffen, denn es ist erklärlich, daß sich viele Inhaber von Privatbetrieben auch für die juristische Form interessieren, auf Grund deren sie allmählich aus ihrem Eigentum herausgedrängt werden sollen, damit es auf kaltem Wege in das "Eigentum des Volkes" übergeführt werden kann. Obwohl dieser "Mustervertrag" zunächst einen harmlosen Eindruck macht - er könnte auch für westliche Verhältnisse abgefaßt sein -, wird ein mit der kommunistischen Enteignungspraxis Vertrauter, der nicht einmal ein Fachmann auf dem Gebiete des Gesellschaftsrechts zu sein braucht, sofort erkennen, daß dieser "Mustervertrag" einer Liquidationsurkunde des privaten Eigentums gleichkommt. Lapidar heißt es in Paragraph 1: "Er (der frühere Firmeninhaber. D.Red.) nimmt die Deutsche Investitionsbank Berlin unter Fortführung der bisherigen Firma als Gesellschafter auf." Die Paragraphen 2 und 3 enthalten die üblichen Feststellungen hinsichtlich des Geschäftsbeginns und des Geschäftsjahres, Paragraph 4 aber spiegelt die

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bann, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy ____ 1959
#6

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die sowjetzonale Militärideologie und der „Militarismus"

Für den neueren Stand der Militär-Ideologie in der Sowjetzone ist eine im Sommer 1956 vom "Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung", Ostberlin, herausgegebene Schrift von Karl Heinz Lehmann und Fritz Wendt, "Militaristisch oder militärisch", symptomatisch. Noch immer ist die ideologische Abgrenzung der eigenen kommunistischen militärischen Einrichtungen von denen des fremden "Militarismus", insbesondere des "deutschen Militarismus", ein Hauptpunkt. Bei der Suche nach historischen Vorbildern für die "Nationale Volksarmee" ist es noch immer bei den wenigen, vielfach verfälschten Beispielen geblieben: den Aufständischen im Bauernkrieg 1525, der Befreiungsarmee 1812-1813, den Revolutionstruppen 1848, der Roten Ruhr-Armee 1920, der Thälmannbrigade im Spanienkrieg 1936. Immer noch gilt die Unbesiegbarkeit der kommunistischen und verwandten Armeen als Dogma. Neu ist, dass in dieser Schrift entsprechend den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU kein Bezug mehr auf Stalin und die "stalinistische Kriegswissenschaft" genommen wird. Auffallend ist, dass die Sowjetarmee nicht mehr mit derselben Vehemenz wie bisher als das grosse Vorbild hingestellt wird.

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Battlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy 1959
#7

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Jugendweihe und Jugendstunden im Dienste der kommunistischen Agitation

Das neue Programm der Jugendstunden

Im Jahr 1955 rief in der Sowjetzone zum ersten Mal ein zu diesem Zweck gebildeter „Zentraler Ausschuß" zu dem pseudosakralen Staatsakt der Jugendweihe auf, mit dem die Jugendlichen nach dem Verlassen der Schule feierlich in die „ sozialistische Gesellschaft" aufgenommen werden sollten. Die Teilnahme an der Jugendweihe wurde zunächst noch als freiwillig bezeichnet und sollte mit den Auffassungen und Pflichten der kirchlich gebundenen Jugendlichen vereinbar sein. Es trat jedoch bald hervor, daß der Akt nicht nur dazu dienen sollte, die jungen Menschen an das Staatswesen der „ Arbeiter- und Bauernmacht" zu binden; er sollte auch nicht allein ein Ersatz für kirchliche Handlungen sein, von denen die Konfirmation für die große Mehrzahl der Jugendlichen bisher

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstr. 1, angefordert werden.

X-DD261 LR
#8

10 JAHRE DDR

From: Publications Procurement Office, Berlin

3 - MAY 31
1962

DEPARTMENT OF STATE
LIBRARY DIVISION
NOV 18 1959
LR FILE COPY
PLEASE RETURN



Eine stolze Bilanz

X-DD261

...UND DER ZUKUNFT ZUGEWANDT

#9

3 -UEC- 4
Dec 1959



EINE LITERATURAUSWAHL ZUM 10. JAHRESTAG
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

X-DD261
#10

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy 1959

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die „Schüler-Regeln" in der Schule der Sowjetzone

Wie so vieles andere im Schulwesen der sowjetischen Besatzungszone, so folgt auch die Einführung der "Schüler-Regeln" dem Beispiel der Sowjet-Pädagogik. In ihr spielt der Begriff der "bewussten Disziplin" eine bedeutende Rolle, ja, die "bewusste Disziplin" wird vielfach als eines der wesentlichen Erziehungsziele der allgemeinbildenden Schule bezeichnet. Es sind jedoch nicht "kommunistische" Ideale, die hier die Methode bestimmen; im Vordergrund steht vielmehr die Hebung der Arbeitsproduktivität – in der Schule und über die Schule hinaus. Daher die Tendenz, das Schulleben bis ins letzte durchzuorganisieren und das Verhalten des Schülers in eine enge, allgemein verbindliche "moralische" Norm zu pressen.

Der im folgenden wiedergegebene Artikel aus der sowjetzonalen "Deutschen Lehrerzeitung" vom 24.11.1954 ist ein Zeugnis dafür, wie diese Tendenz der Sowjetschule von der Pädagogik der Zone ohne Hemmung und Kritik übernommen wird. Auf Seite 5 sind "Schüler-Regeln" wiedergegeben, die in der Sowjetunion 1943 und 1944 eingeführt wurden und von der pädagogischen Fachpresse der Zone heute noch als beispielgebend bezeichnet werden; wie dieses Normenverzeichnis zur Institution erhoben, durch abgestufte Strafen garantiert und in den Mittelpunkt der Schulordnung gestellt werden soll, das ist sicherlich kennzeichnend für den Geist der Erziehung im kommunistischen Herrschaftsbereich. Allerdings lässt der Artikel "Wie bitte? Schülerregeln" aus der gleichen Zeitung vom 18.8.1956 erkennen, wohin die gedankenlose Nachahmerei sowjetischer Schulmethoden an manchen Schulen der Zone geführt hat. Die gleichen "festen Gewohnheiten", wie sie hier das Leitbild des braven Schülers verkörpern, wünscht der totalitäre Staat auch bei seinen Untertanen vorzufinden: das "organisierte Auf- und Abgehen" in den Freizeiten, das dem "aufsichtführenden Staats- und Parteifunktionär gestattet", jederzeit seinen gesamten Bereich zu überblicken".....

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

2-AUG 19
Copy ___ 1959

Ausschnitte

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Das sowjetzonale Abzeichen "Für gutes Wissen"

Zu den Mitteln, mit denen die allgemeinbildenden Schulen der Sowjetzone und die "Freie Deutsche Jugend" gemeinsam den Arbeitseifer und Ehrgeiz der Schüler anzuspornen suchen, gehört auch das im Jahre 1951 eingeführte Abzeichen "Für gutes Wissen". Es wird auf Grund einer mündlichen und schriftlichen Prüfung in drei Ausführungen (Bronze, Silber, Gold) verliehen. Der Vorbereitung zu den Prüfungen diente das "FDJ-Schuljahr", das zum ersten Mal für das Jahr 1951 proklamiert wurde. Es sollte im Zeichen der "Eroberung" von Wissenschaft und Kultur stehen, doch beherrschte die politische Schulung fast völlig das Programm.

Alle Mitglieder der "Freien Deutschen Jugend" wurden in "Zirkeln" zusammengefasst, die zweimal im Monat zusammenkommen und sich nach einheitlichem Plan fortbilden sollen; das Schwergewicht sollte auf dem "Selbststudium" liegen, für das Lehrbücher ausgearbeitet wurden und das in Prüfungen kontrolliert wird. Für den erfolgreichen Abschluß des Lehrjahres erhält der Schüler dann das Abzeichen "Für gutes Wissen". Die ganze Institution folgt, auch in den Auszeichnungen, dem sowjetischen Vorbild. Das "FDJ-Schuljahr" wird von Jahr zu Jahr weiterentwickelt. Am Ende des ersten und des zweiten FDJ-Schuljahres wurden die bisherigen Ergebnisse als unzulänglich scharf kritisiert, doch erklärte Erich Honecker, der 1. Vorsitzende der "Freien Deutschen Jugend", im Mai 1952, dass an dem ersten "FDJ-Schuljahr" an-

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD-261

#12

2 - AUG 19
Copy ____ 1959

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Aus einem Heimabendprogramm der FDJ

In Diskussionen zwischen jungen Menschen aus der Bundesrepublik und aus der Sowjetzone spielt die Frage der Förderung der Jugend durch den Staat eine grosse Rolle. Mitglieder der kommunistisch geführten Staatsjugend der Sowjetzone, der "Freien Deutschen Jugend", pflegen darauf hinzuweisen, dass ihre Arbeit mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert werde, dass auch der Aufwand für Kindergärten, Schulen und Hochschulen höher sei, dass jedem Jungen, jedem Mädchen ohne Rücksicht auf das Einkommen der Eltern der Zugang zur Hochschule offen stehe, dass Fünfundzwanzig- bis Dreissigjährige in grosser Zahl an führenden Stellen des Staates und der Partei bis hinauf zu den Ministerien ständen usw..

Soweit in solchen Diskussionen mit Zahlen argumentiert wird, ist allerdings die Möglichkeit eines echten Vergleichs kaum jemals gegeben. Während in einem zentralistisch und totalitär gelenkten Staatswesen die Aufwendungen der öffentlichen Hand aus "einer Tasche" kommen und an einer Stelle registriert werden, ist das in einem föderalistischen, demokratischen Staat wie dem unseren nicht der Fall. An dem Bau, der Einrichtung und Unterhaltung von Kindergärten, Schulen, Jugendheimen und -herbergen, Lehrlingsheimen, Sportplätzen und Schwimmbädern (um nur einige der wichtigsten Einrichtungen zu nennen, die in den Bereich der Jugendförderung gehören), aber auch an der Förderung des Jugendwanderns, der Jugendauslandfahrten, der Sing- und Laienspielwochen und anderer Arbeitstagungen und Treffen der Jugend sind bei uns die Bundesrepublik, die Länder, die Gemeinden, die Kirchen und viele öffentliche Körperschaften und freie Verbände beteiligt, und es ist schwer, wenn nicht unmöglich, den Gesamtaufwand für diese Aufgaben zu errechnen und dem der Sowjetzonenrepublik gegenüberzustellen.

Ein solcher Vergleich würde aber auch insofern von falschen Voraussetzungen ausgehen, als die in Gruppen und Verbänden vereinte deutsche Jugend von jeher ihren Stolz darin gesehen hat, ihr Jugendleben "aus eigener Verantwortung" und daher auch aus eigenen Kräften zu gestalten. Wir wollen nicht übersehen, dass diese Auffassung, die in der Anfangszeit der deutschen Jugendbewegung allgemeingültig war, heute nur noch mit Einschränkungen gilt; die beiden Weltkriege und zwölf Jahre totalitärer Herrschaft haben manche Voraussetzungen "autonomen" Jugendlebens erschüttert. In der Tat fördert der Staat heute auch bei uns die freie Jugendarbeit mit erheblichen Mitteln, aber Gebende und Nehmende sind sich über die

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19 1
Copy ___ 1959

#13

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Das neue Frauenprogramm der SED

Hausfrauen und Mütter in der Sowjetzone sollen zur »Vollendung des Sozialismus« beitragen

Seit Jahren bemüht sich die SED, die Frauen und Mädchen in der Sowjetzone davon zu überzeugen, dass sie die "endlich errungene" Gleichberechtigung auch nützen müssten, dass sie von allen ihnen gegebenen Möglichkeiten beruflicher Ausbildung und Weiterentwicklung Gebrauch machen sollten. Das Echo der Frauen auf all diese Appelle entsprach nicht den Erwartungen. Der FDGB stellte im April 1958 sogar ein "Absinken der Zahl der beschäftigten Frauen seit 1956" fest und erklärte, diese "alarmierende Tatsache resultiere aus der unverantwortlichen Einstellung zur Frage der praktischen Gleichberechtigung".*)

Zur Zeit sind 43 v.H. aller Beschäftigten in der Sowjetzone Frauen.**) Aber die Mehrzahl dieser Frauen arbeitet nicht zu dem Zwecke, die "Gleichberechtigung" zu demonstrieren, sondern einfach um Geld zu verdienen. Mit dieser unsozialistischen Einstellung zur Arbeit setzte sich im September 1958 das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" auseinander:

---

*) "Unsere Frauen brauchen mehr Hilfe" ("Berliner Zeitung",19.4.58)
**) "Frauenprogramm wird wesentlich ergänzt" ("Tribüne", 18.4.58)

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy ____ 1959

#14

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Politische Gebrauchslyrik aus der Sowjetzone

Welche Funktion die Kunst in der Sowjetzone zu erfüllen hat, ist bekannt. Auf der großen Kulturkonferenz der SED im Oktober 1957 und auf allen nachfolgenden Kongressen und Tagungen junger Künstler wurde es immer wieder betont: sozialistisch-realistische Kunstwerke sollen die Massen für den Aufbau des Sozialismus begeistern, sollen sie mit einem neuen Bewußtsein erfüllen, das sie befähigt, in dem (nach Ulbrichts Plänen 1965 vollendeten) Sozialismus zu leben.

Wie hat sich diese Forderung der Kulturfunktionäre in der Produktion der sowjetzonalen Lyriker ausgewirkt ? Was sie in den letzten Monaten schufen und als Lyrik, nicht etwa als „Agit-Prop"-Stoff bezeichnen, das ist substantiell, aber oft auch formal von den primitiven Werken der „Agit-Prop"-Diletanten kaum noch zu unterscheiden. Es scheint für die jungen Lyriker auch keine Zweifel mehr daran zu geben, daß man „Zweckliteratur" schreiben müsse. Rose Nyland, eine noch nicht allzu bekannte Lyrikerin der Sowjetzone, veröffentlichte die Schulbeispiele solcher „Zweckliteratur": der Parteiauftrag ersetzt die Inspiration (vgl. Anlage I).

Jedes neue Talent in dieser Literaturgattung wird von den Kulturfunktionären emporgelobt; so bezeichneten sie z. B. Uwe Berger[xx] als „einen unserer sichersten Lyriker". Er habe nicht „wie einige junge Dichter" nach dem XX. Parteitag der KPdSU „Verzweiflung zelebriert", er distanziere sich von deren „Depressionspoesie" [xxx].

---

x) Vorträge f. Agitations- u. Propaganda-Trupps in Poesie u. Prosa
xx) Uwe Berger, 30 J., Bankbeamten-Sohn, Verlagslektor in Ostberlin
xxx) „Neue Deutsche Literatur", 9/1958, S. 134

e „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-DD-261

AUSSCHNITTE

2-Aug 19
Copy 1959

#15

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die Hochschulpolitik der SED

Materialien zur III. Hochschulkonferenz der SED vom 28. Februar bis 2. März 1958

Einleitung und Materialzusammenstellung von Heinz Kersten

Seit dem Herbst 1956 hat sich die SED in steigendem Maße kritisch mit der Lage an den Universitäten und Hochschulen ihres Machtbereiches beschäftigt. Damals wurde deutlich, daß die gleichen freiheitlichen Regungen, die bei der akademischen Jugend Polens und Ungarns in so dramatischer Weise der Welt sichtbar geworden waren, auch an den Universitäten und Hochschulen der Sowjetzone lebendig sind.

Wie ernst die SED-Führung die Lage namentlich an der Ostberliner Universität in jenen Tagen beurteilte, machten erst die Auseinandersetzungen offenkundig, die jüngst im Zentralkomitee der Partei um die Gruppe Schirdewan geführt wurden. Ulbricht und seine Anhänger fürchteten Ende Oktober 1956 eine Studentendemonstration nach Budapester Muster und waren gewillt, dies mit allen Machtmitteln zu verhindern – ein Kampfgruppenkommandeur drohte den Studenten: „Wir schlagen euch die Knochen kaputt!" –, während die kürzlich verurteilte „Fraktion" Schirdewan-Oelßner weniger gewalttätig vorgehen und die Rebellen überzeugen wollte. Ähnlich wie in fast allen Volksdemokratien richteten sich die studentischen Forderungen vor allem auf das Recht zur Bildung eines eigenen, von der FDJ unabhängigen Verbandes und die Abschaffung des obligatorischen „Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums" und des russischen Sprachunterrichts.

Nach anfänglichen Beschwichtigungsversuchen und vagen Teilversprechungen ging das Regime im vergangenen Jahr zur Gegenoffensive über. Auf

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-D D261

AUSSCHNITTE

2-AUG 19 Copy 1959

#16

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die Krise des Sozialistischen Realismus

Politische Aspekte literarischer Diskussionen im Ostblock

Einleitung und Materialzusammenstellung von Heinz Kersten

"Die neuralgischen Punkte der Doktrin sind die Philosophie, die Literatur, die Kunstgeschichte, die Literaturkritik, dort also, wo der Gegenstand der Betrachtungen der (leider) komplizierte Mensch ist. Eine minimale Differenz in den Prämissen kann katastrophale Unterschiede in den Schlußfolgerungen ergeben. Ähnlich kann die Abweichung von der Linie bei der Beurteilung eines Kunstwerkes der Ausgangspunkt politischer Umstürze werden."

Der emigrierte polnische Schriftsteller Czeslaw Milosz ahnte, als er diese Sätze vor fast fünf Jahren niederschrieb, vermutlich kaum, wie bald sich ihr Warheitsgehalt in der politischen Praxis erweisen sollte. Seine Heimat selbst, wo sein Name heute schon hier und da in den öffentlichen Diskussionen der Intellektuellen nicht mehr diskriminierend genannt wird, lieferte das Beispiel für die Richtigkeit der in Milosz' Buch "Verführtes Denken" getroffenen Feststellung. Der Umschwung in Polen begann im vergangenen Oktober mit der Auflehnung der Kulturschaffenden gegen die herrschende Kunstdoktrin. Noch dramatischer wurde Milosz' These durch die Ereignisse in Ungarn bestätigt, wo sich aus der Revolte der Schriftsteller der Aufstand eines ganzen Volkes entwickelte.

So ist es auch zu verstehen, daß seit geraumer Zeit in allen Ostblockstaaten erbitterte Diskussionen um den Sozialistischen Realismus geführt werden. Hinter den oft spitzfindigen ästhetischen Erörterungen um einen literarischen Stilbegriff steht letztlich als Kernfrage das Problem zur Debatte, welche Funktion der Kunst im kommunistischen Staat zukommt.

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19 Copy ____ 1959

#17

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

„Revisionistische Auffassungen in der sowjetzonalen Wirtschaftswissenschaft"

Der im folgenden abgedruckte Aufsatz von Arne Benary ist ein prägnanter Ausdruck der unter den Intellektuellen der Sowjetzone verbreiteten oppositionellen Tendenzen, die die SED-Führung mit dem traditionsreichen Begriff "Revisionismus" zu bezeichnen pflegt.[1] Benarys Ausführungen spiegeln die Hoffnungen wider, die nach dem 20. Parteitag der KPdSU auch bei Vertretern des Marxismus-Leninismus Fuß faßten. Als die SED-Führung selbst den Kampf gegen den "Personenkult" und den "Dogmatismus" forderte, glaubten die lebendigsten Kräfte in den Reihen der parteigebundenen Intelligenz berechtigt zu sein, die bisher verbindliche konformistische Einstellung in Fragen der Theorie und Praxis aufgeben und das, "was ist", einer marxistischen Kritik unterwerfen zu können. Sie distanzierten sich in ihren Beiträgen zu den Diskussionen, die an allen wissenschaftlichen Institutionen geführt wurden, weder vom Kommunismus noch vom Marxismus-Leninismus, scheuten aber nicht davor zurück, traditionelle Dogmen anzutasten und tabuierte Probleme zu behandeln.[2]

1) Arne Benary: "Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode". In: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode. Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, Berlin 1957, S. 62-94. ANLAGE I. Dr. oec. Benary ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaft der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

2) Auf der 30. Tagung des ZK der SED wurden folgende Dozenten von Ulbricht ausdrücklich als Revisionisten angeprangert: die Philosophen Wolfgang Harich, Ernst Bloch und die "Politökonomen" Fritz Behrens, Arne Benary und Kurt Vieweg (Agrarökonom).

„Ausschnitte" erscheinen in zwanglaser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bann, Battlerplatz 3, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2-AUG 19
Copy 1959

#18

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die »Kulturkonferenz« des ZK der SED vom 23./24. Oktober 1957

**»Man muß die Macht ausüben.
um die Macht zu behalten.«**

Am 23. und 24. Oktober 1957 fand in der Ostberliner Parteihochschule „Karl Marx" die „Kulturkonferenz des ZK der SED" statt. Die Einberufung dieser Konferenz war auf der 32. Plenarsitzung des Zentralkomitees der SED beschlossen worden.

Um die Beweggründe zu verstehen, die die SED zu diesem Schritt veranlaßten, muß man sich die politische - und vor allem die kulturpolitische - Entwicklung in der Sowjetzone während der letzten vier Jahre vergegenwärtigen:

Am 17. Juni 1953, als die Arbeiter in Ostberlin und in der Sowjetzone sich zunächst gegen die Antreiber-Methoden in den Betrieben, dann aber auch gegen die Gewaltherrschaft der SED überhaupt empörten, war deren Macht binnen weniger Stunden gebrochen; nur mit Hilfe sowjetischer Panzer konnte sie äußerlich wiederhergestellt werden. Noch unter dem frischen Eindruck dieser Ereignisse trat der Präsidialrat des „Kulturbundes" mit einen 15-Punkte-Programm an die Öffentlichkeit. Er erklärte:

> „Der Kulturbund tritt dafür ein, daß in allen wissenschaftlichen und künstlerischen Diskussionen die Freiheit der Meinung gewährleistet wird." *)

*) „Neues Deutschland" vom 8. Juli 1953

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden

X-DD261

#19

AUSSCHNITTE

2 - [illegible] 19
Copy ____ 1959

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Diskussionen um das „Lehrbuch der Geschichte Deutschlands" in der Sowjetzone

Das Fach Geschichte erfreut sich in Forschung und Lehre des besonderen Interesses der in der Sowjetzone maßgebenden Machthaber. Seit einem Jahrzehnt wird hier mit Hilfe des dialektischen Materialismus ein marxistisch-leninistisches Geschichtsbild entwickelt, dem bei der Erziehung der Jugend entscheidende Bedeutung zukommt. Die Geschichtsbücher für den Schulunterricht sind bis jetzt noch ein Abklatsch der entsprechenden Veröffentlichungen aus der Sowjetunion, wo die deutsche Geschichte nur am Rande behandelt wird. Ein eigentliches Lehrbuch der deutschen Geschichte fehlt im Schulunterricht wie auch – für die Ausbildung und Erziehung nicht minder wichtig – im Hochschulbereich.

Bereits vor fünf Jahren faßte das Zentralkomitee der SED auf seiner 7. Tagung den Beschluß, "ein Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes ausarbeiten zu lassen, das auf der wissenschaftlichen Grundlage der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin zum ersten Male zusammenhängend die deutsche Geschichte darstellt."[1] Daraufhin konstituierte sich im Sommer 1952 ein "Kollektiv von Historikern" unter der Leitung von Alfred M e u s e l, dem Direktor des damals gegründeten "Museum für deutsche Geschichte", und teilte "die Arbeit an dem auf drei Bände veranschlagten Werk"[2] auf.

Den Reigen der Bearbeiter eröffnete der sonst für die "Geschichte der Arbeiterbewegung" zuständige Leo Stern mit dem Abschnitt "Von den Anfängen bis 1400". (Um die Begrenzung des Mittelalters mit dem Jahre 1400 wurde und wird noch gesondert "diskutiert".) Die Einschnitte des zweiten Bandes sollen bei 1648, 1789, 1815, 1849, 1871, die des dritten bei 1918 und 1945 liegen.

1) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) I (1953) S. 628
2) ebenda

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwanglaser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Battlerplatz 3, angefordert werden

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy 1959

#20

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Die Diskussion vor dem »IV. Deutschen Schriftstellerkongreß« in Ostberlin

Vom 10. bis 14. Januar 1956 soll in Ostberlin der "IV. Deutsche Schriftstellerkongress" tagen. Seit dem Frühjahr 1954 wurde er fünfmal verlegt. Man hatte die Ergebnisse des Allunionskongresses der sowjetischen Schriftsteller (November 1954) abwarten wollen; auch sollten die Probleme ideologischer, künstlerischer und sozialer Art, die den Mitgliedern des Schriftstellerverbandes "auf den Nägeln brennen", zunächst in aller Öffentlichkeit erörtert werden [1].

Dem Kongress ist als Aufgabe zugewiesen, die Schriftsteller für die Methode des sozialistischen Realismus zu gewinnen; er soll den Schriftstellerverband selbst zu einer Kampforganisation mit einer Atmosphäre des ständigen Lernens und der kämpferischen Diskussion umwandeln und schliesslich "allen deutschen Schriftstellern Wege zur besseren Zusammenarbeit weisen" [2].

Das Hauptreferat soll Anna Seghers halten. Sie soll sich mit der gesamtdeutschen Literatur befassen, mit der Situation der jungen und älteren Schriftsteller in der "DDR" sowie mit der Frage "Für wen arbeiten wir?" [3].

Den Diskussionsbeiträgen der vorbereitenden "Literatur-Diskussion" räumte auch das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland", einen besonderen Platz ein. Die Beiträge gingen zunächst spärlich ein und erschöpften sich bis zum Herbst 1955 in "Mängelrügen", in Kritik an der Unzulänglichkeit des literarischen "Gegenwartsschaffens" oder in Appellen an die Schriftsteller, ihren positiven Helden (Parteisekretären, Aktivisten usw.) "menschliche Züge" zu verleihen [4].

Im Oktober 1955 schien diese Pseudo-Diskussion die Form einer echten Diskussion anzunehmen. Walter Victor lieferte einen Beitrag "Zur Frage der Meisterschaft" (vgl. S. 5), in dem er sich mit Erklärungen Paul Wandels, des Sekretärs des ZK der SED, kritisch befasste (vgl. S. 3). Eine ausserordentlich scharfe Entgegnung vom Leiter der Kulturredaktion des SED-Zentralorgans, Dr. Wilhelm Girnus, bewirkte, dass sich die Diskussion belebte (vgl. S. 6); selbst Anna Seghers und Arnold Zweig nahmen zu den theoretischen Fragen dichterischen Schaffens Stellung (vgl.

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Bottlerplatz 3, angefordert werden.

A-DD261

AUSSCHNITTE

2 - AUG 19
Copy 1959

#21

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Neue Diskussion um den sozialistischen Realismus

Unter den Kunstschaffenden und Kulturfunktionären der Sowjetzone steht zur Zeit der Begriff „ sozialistischer Realismus " wieder zur Diskussion. Alle Veröffentlichungen zu diesem Thema zeigen deutlich, dass zwar jeder die Forderung der SED nach einem sozialistisch-realistischen Kunstschaffen kennt, aber niemand weiss, wie auf diese Art Kunstwerke entstehen sollen.

Die Erörterung erschöpft sich daher in dem Bemühen, immer wieder den Begriff „ sozialistischer Realismus " zu klären:

> „Das Leben nicht scholastisch, nicht tot, nicht einfach als 'objektive Wirklichkeit', sondern als Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung darstellen" 1)
>
> „.... sozialistischer Realismus ist der zeitgenössische Realismus, befruchtet durch die sozialistische Ideologie" 2)

Aber diese und zahlreiche ähnliche Definitionen sind längst bekannt. Bereits im März 1951, auf der 5. Tagung des ZK der SED, wurden die Kunstschaffenden aufgefordert, „das Leben richtig, das heisst in seiner Vorwärtsentwicklung darzustellen " 3). Man bezog sich dabei auf die Erklärung Shdanows auf dem 1. sowjetischen Schriftstellerkongress. Shdanow bezeichnete als „ Methode des sozialistischen Realismus "

> „die Verbindung der wahrheitsgetreuen und historisch konkreten künstlerischen Darstellung mit der Aufgabe, die werktätigen Menschen im Geiste des Sozialismus umzuformen und zu erziehen".

---

1) Kurt Liebmann, „Üb. d. Methode d. sozialist. Realismus" in: „Aufbau" 9/57 Seite 326
2) Prof. Nathan Notowicz (1. Sekr. d. VDK) auf der Zentral. Delegiert. -Konferrenz d. VDK, Febr. 1957 („Musik und Gesellschaft" 4/57, Seite 194
3) „Dok. d. Soz. Einheitspartei Dtschl. ", Bd III, Dietz-Verl. Bln, 1952, Seite 440

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

1909-1959

DD261
#22



50 JAHRE

GEWERKSCHAFT LAND UND FORST

#23 X-DD261

AUSSCHNITTE

Copyright 1960

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen.

Klassenkampf auf dem Dorf

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in starkem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen."

Diese Sätze sind im „Kommunistischen Manifest" zu finden, das 1847 von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßt und im Jahre darauf veröffentlicht wurde. - Seit dieser Zeit ist der Klassenkampf eine der wichtigsten ideologischen Grundlagen der kommunistischen Lehre und zugleich einer der Hebel, mit dem die sogenannte bürgerliche oder kapitalistische Welt aus den Angeln gehoben werden soll und in den kommunistisch beherrschten Ländern auch aus den Angeln gehoben worden ist.

Lenin selbst hat den Klassenkampf als unerläßlich angesehen:

„Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Parasiten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampfe keine Rettung daraus möglich und denkbar ist." 1)

In der bolschewistischen Lehre wird der Bürgerkrieg als die schärfste Form des Klassenkampfes bezeichnet, und - so formulierte es wieder Lenin - „ je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile". 2)

1) Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Banden, I. S. 879.
2) Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Banden, II. S. 865

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

#24 X-DD261

Copy ____ 1961

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

„Beschluß über die Musterstatuten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)"
und
„Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften"

Die kommunistische Agrarpolitik hat das Ziel, die Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu verändern. Das Eigentum an den Produktionsmitteln, d.h. am lebenden und toten Inventar, den Wirtschaftsgebäuden und auch am Grund und Boden, soll abgeschafft werden. "Kollektive" Arbeit für den Kolchos soll an die Stelle der Arbeit des einzelnen Bauern auf dem eigenen Hof und für den eigenen Hof treten.

Die Kommunisten geben zu: "Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die schwierigste Aufgabe der sozialistischen Revolution, nachdem die Arbeiterklasse die Macht erobert hat." [1] Handelt es sich doch nicht nur darum, aus unzähligen bisher einzelbäuerlichen Betrieben neue landwirtschaftliche Großbetriebe zu schaffen, sondern vor allem auch darum, die auf dem Lande arbeitenden Menschen zu überzeugen, daß die neuen "sozialistischen" Formen der Landwirtschaft ihnen nach den Theorien des Marxismus-Leninismus ein besseres Leben garantieren sollen. Es bedarf keiner Begründung, daß Bauern von diesen Theorien nicht zu überzeugen sind. Deshalb kann die Umgestaltung der Landwirtschaft nur mit Zwang durchgeführt werden.

---

1) "Politische Ökonomie - Lehrbuch". 2. Auflage, Berlin 1955, S.400

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X - DD241
#25

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

„Beschluß über die Musterstatuten der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)"
und
„Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften"

Die kommunistische Agrarpolitik hat das Ziel, die Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu verändern. Das Eigentum an den Produktionsmitteln, d. h. am lebenden und toten Inventar, den Wirtschaftsgebäuden und auch am Grund und Boden, soll abgeschafft werden. "Kollektive" Arbeit für den Kolchos soll an die Stelle der Arbeit des einzelnen Bauern auf dem eigenen Hof und für den eigenen Hof treten.

Die Kommunisten geben zu: "Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die schwierigste Aufgabe der sozialistischen Revolution, nachdem die Arbeiterklasse die Macht erobert hat." [1] Handelt es sich doch nicht nur darum, aus unzähligen bisher einzelbäuerlichen Betrieben neue landwirtschaftliche Großbetriebe zu schaffen, sondern vor allem auch darum, die auf dem Lande arbeitenden Menschen zu überzeugen, daß die neuen "sozialistischen" Formen der Landwirtschaft ihnen nach den Theorien des Marxismus-Leninismus ein besseres Leben garantieren sollen. Es bedarf keiner Begründung, daß Bauern von diesen Theorien nicht zu überzeugen sind. Deshalb kann die Umgestaltung der Landwirtschaft nur mit Zwang durchgeführt werden.

---

1) "Politische Ökonomie - Lehrbuch". 2. Auflage, Berlin 1955, S. 400

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X - DD261

AUSSCHNITTE

Copy 1961 #26

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Schreibende Arbeiter und Bauern

Sowjetzonen-Literatur heute

Auf der ersten Kulturkonferenz des ZK der SED (im Oktober 1957) wurde die "sozialistische Kulturrevolution" proklamiert, die nach den Vorstellungen der Parteiführung zu einer blühenden neuen "deutschen sozialistischen Nationalkultur" führen soll.

Allerdings ging es damals zunächst um die Liquidierung der "Revisionisten" unter den Künstlern und Schriftstellern, jener also, die nach einem "dritten Weg zum Sozialismus" suchten. Es ging außerdem um die Frage der Vorherrschaft der Ideologie im Kunstschaffen. Schriftsteller und Dichter wurden aufgefordert, "an die Brennpunkte des sozialistischen Aufbaus" (d.h. in die Betriebe der "sozialistischen" Industrie und Landwirtschaft) zu gehen, um "das Neue im Leben der Arbeiter" kennenzulernen und künstlerisch gestalten zu können. Außer Erwin Strittmatter, dem 1. Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes, und Kurt Bartel (Kuba), dem Parteidichter, beeilte sich kaum einer aus den Reihen der Prominenten, dieser Aufforderung zu folgen. Künstlerisch wertvolle Werke, die den Menschen von heute so zeigen, wie er morgen sein wird, "sozialistisch-realistische" Werke, blieben aus.

Der "Mitteldeutsche Verlag" in Halle, dessen Hauptaufgabe die Förderung und Entwicklung junger Autoren ist, veranstaltete daraufhin im November 1958 eine innerne Konferenz, in der beschlossen wurde, Arbeiter und Schriftsteller in einem großen Preisausschreiben aufzufordern, "die großen Geschehnisse unserer Zeit literarisch zu gestalten".

Auf Empfehlung des ZK der SED fand dann am 24. April 1959 im "Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld" jene Autorenkonferenz statt, die als "Bitterfelder Konferenz" die Geburtsstunde der Bewegung "Schreibende Arbeiter" darstellt. Als Ausgangspunkt dieser Bewegung aber kann der "Brief der Nachterstedter Kumpel" bezeichnet werden, mit dem seine Initiatoren an die Kulturkonferenz von 1957 die Forderung nach "Darstellungen der Gegenwart" gerichtet hatten.

Die neue Parole "Greif zur Feder, Kumpel! Die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" wurde von Prof. Alfred Kurella (dem Leiter der "Kommission für Fragen der Kultur beim

„Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 • APR 19 1961

#27

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Schreibende Arbeiter und Bauern

Sowjetzonen-Literatur heute

Auf der ersten Kulturkonferenz des ZK der SED (im Oktober 1957) wurde die "sozialistische Kulturrevolution" proklamiert, die nach den Vorstellungen der Parteiführung zu einer blühenden neuen "deutschen sozialistischen Nationalkultur" führen soll.

Allerdings ging es damals zunächst um die Liquidierung der "Revisionisten" unter den Künstlern und Schriftstellern, jener also, die nach einem "dritten Weg zum Sozialismus" suchten. Es ging außerdem um die Frage der Vorherrschaft der Ideologie im Kunstschaffen. Schriftsteller und Dichter wurden aufgefordert, "an die Brennpunkte des sozialistischen Aufbaus" (d.h. in die Betriebe der "sozialistischen" Industrie und Landwirtschaft) zu gehen, um "das Neue im Leben der Arbeiter" kennenzulernen und künstlerisch gestalten zu können. Außer Erwin Strittmatter, dem 1. Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes, und Kurt Bartel (Kuba), dem Parteidichter, beeilte sich kaum einer aus den Reihen der Prominenten, dieser Aufforderung zu folgen. Künstlerisch wertvolle Werke, die den Menschen von heute so zeigen, wie er morgen sein wird, "sozialistisch-realistische" Werke, blieben aus.

Der "Mitteldeutsche Verlag" in Halle, dessen Hauptaufgabe die Förderung und Entwicklung junger Autoren ist, veranstaltete daraufhin im November 1958 eine interne Konferenz, in der beschlossen wurde, Arbeiter und Schriftsteller in einem großen Preisausschreiben aufzufordern, "die großen Geschehnisse unserer Zeit literarisch zu gestalten".

Auf Empfehlung des ZK der SED fand dann am 24. April 1959 im "Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld" jene Autorenkonferenz statt, die als "Bitterfelder Konferenz" die Geburtsstunde der Bewegung "Schreibende Arbeiter" darstellt. Als Ausgangspunkt dieser Bewegung aber kann der "Brief der Nachterstedter Kumpel" bezeichnet werden, mit dem seine Initiatoren an die Kulturkonferenz von 1957 die Forderung nach "Darstellungen der Gegenwart" gerichtet hatten.

Die neue Parole "Greif zur Feder, Kumpel! Die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" wurde von Prof. Alfred Kurella (dem Leiter der "Kommission für Fragen der Kultur beim

„Ausschnitte" erscheinen in zwanglaser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bann, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-DD261

AUSSCHNITTE

2 - APR 19 1984

#28

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Schreibende Arbeiter und Bauern

Sowjetzonen-Literatur heute

Auf der ersten Kulturkonferenz des ZK der SED (im Oktober 1957) wurde die "sozialistische Kulturrevolution" proklamiert, die nach den Vorstellungen der Parteiführung zu einer blühenden neuen "deutschen sozialistischen Nationalkultur" führen soll.

Allerdings ging es damals zunächst um die Liquidierung der "Revisionisten" unter den Künstlern und Schriftstellern, jener also, die nach einem "dritten Weg zum Sozialismus" suchten. Es ging außerdem um die Frage der Vorherrschaft der Ideologie im Kunstschaffen. Schriftsteller und Dichter wurden aufgefordert, "an die Brennpunkte des sozialistischen Aufbaus" (d.h. in die Betriebe der "sozialistischen" Industrie und Landwirtschaft) zu gehen, um "das Neue im Leben der Arbeiter" kennenzulernen und künstlerisch gestalten zu können. Außer Erwin Strittmatter, dem 1. Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes, und Kurt Bartel (Kuba), dem Parteidichter, beeilte sich kaum einer aus den Reihen der Prominenten, dieser Aufforderung zu folgen. Künstlerisch wertvolle Werke, die den Menschen von heute so zeigen, wie er morgen sein wird, "sozialistisch-realistische" Werke, blieben aus.

Der "Mitteldeutsche Verlag" in Halle, dessen Hauptaufgabe die Förderung und Entwicklung junger Autoren ist, veranstaltete daraufhin im November 1958 eine interne Konferenz, in der beschlossen wurde, Arbeiter und Schriftsteller in einem großen Preisausschreiben aufzufordern, "die großen Geschehnisse unserer Zeit literarisch zu gestalten".

Auf Empfehlung des ZK der SED fand dann am 24. April 1959 im "Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld" jene Autorenkonferenz statt, die als "Bitterfelder Konferenz" die Geburtsstunde der Bewegung "Schreibende Arbeiter" darstellt. Als Ausgangspunkt dieser Bewegung aber kann der "Brief der Nachterstedter Kumpel" bezeichnet werden, mit dem seine Initiatoren an die Kulturkonferenz von 1957 die Forderung nach "Darstellungen der Gegenwart" gerichtet hatten.

Die neue Parole "Greif zur Feder, Kumpel! Die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" wurde von Prof. Alfred Kurella (dem Leiter der "Kommission für Fragen der Kultur beim

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.

X-DP261

DENKSCHRIFT

der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstungsfrage

Denkschrift der DDR und Schreiben Otto Grotewohls an den Generalsekretär der UNO in Genf übergeben

Berlin (ADN). Am Donnerstag, dem 15. September 1960, übergab der Ständige Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in Genf, Legationsrat Walter Beling, an den amtierenden Leiter des Europabüros der Vereinten Nationen, Palthey, zur Weiterleitung nach New York an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Herrn Dag Hammarskjoeld, die Denkschrift der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die 15. Tagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstungsfrage mit einem Schreiben des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl.

In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung nach fester Überzeugung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Angelegenheit ist, die alle Staaten und Völker angeht, und daß die Zukunft des deutschen Volkes untrennbar mit der Sicherung des Friedens verbunden ist. Es wird daran erinnert, daß von deutschem Boden in der Vergangenheit zweimal ein Weltkrieg ausgegangen ist. Alle Staaten und Völker sind also unmittelbar daran interessiert, daß durch eine allgemeine und vollständige Abrüstung der beiden deutschen Staaten eine Wiederholung der Vergangenheit ein für allemal ausgeschlossen wird.

In dem Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen wird die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß die Grundsätze des Potsdamer Abkommens zur Gewährleistung eines friedliebenden deutschen Staates nur in einem Teil Deutschlands — auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik — verwirklicht wurden und daß die Regierungen beider deutscher Staaten grundsätzlich verschiedene Auffassungen in der Abrüstungsfrage vertreten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erachtet es deshalb für unumgänglich, bei den auf der 15. Tagung der UNO-Vollversammlung stattfindenden Beratungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung die Möglichkeit zu erhalten, durch ihre Vertreter die Auffassung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland darzulegen. Es wird die Bitte an den Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgesprochen, auf eine entsprechende Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hinzuwirken.

In dem Schreiben wird gleichzeitig die Bitte an Generalsekretär Dag Hammarskjoeld gerichtet, die Denkschrift der 15. Vollversammlung zur Erörterung zu unterbreiten.

X-DD 261

2 - OCT 13
Copy 1960

#30

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Klassenkampf im Klassenzimmer

Das erklärte Ziel des sowjetzonalen Bildungs- und Erziehungswesens - im Laufe der vergangenen Jahre wiederholt umformuliert - ist heute der "allseitig (intellektuell, politisch-moralisch, polytechnisch, ästhetisch und körperlich) entwickelte sozialistische Mensch". In der SBZ besteht also zwar, wie es in ihrer Verfassung (Artikel 43) heißt, "keine Staatskirche", es gibt aber eine "Staatsweltanschauung".

Nun geht es aber dem SED-Regime nicht etwa darum, den Sozialismus (als Staats- und Gesellschaftsform) in Unterricht und Lehrbüchern möglichst objektiv in Grundzügen darzustellen, sondern es benutzt die Schule zu ausgesprochener Parteipropaganda, es bedient sich der Schulbücher, um die Parteilehre der SED und ihre Auffassung zu aktuellen politischen Einzelfragen als allgemeinverbindlich zu propagieren (ganz abgesehen davon, daß es auch den Sozialismus verfälscht).

Aus diesem Grunde werden Lehrpläne und Lehrbücher an den sowjetzonalen Schulen auch sehr viel häufiger verändert, als einer kontinuierlichen Unterrichtsarbeit gut tun kann; jede Schwenkung der SED-Politik müssen sie mitmachen. Bildungs- und Erziehungswerte sind für den Lehrer in der SBZ zweifelhafter, als sie es für die deutsche Schule je

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstr. 1, angefordert werden.

X-DD261
#131
3 APR21

AUSSCHNITTE

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

Klassenkampf im Klassenzimmer

Das erklärte Ziel des sowjetzonalen Bildungs- und Erziehungswesens - im Laufe der vergangenen Jahre wiederholt umformuliert - ist heute der "allseitig (intellektuell, politisch-moralisch, polytechnisch, ästhetisch und körperlich) entwickelte sozialistische Mensch". In der SBZ besteht also zwar, wie es in ihrer Verfassung (Artikel 43) heißt, "keine Staatskirche", es gibt aber eine "Staatsweltanschauung".

Nun geht es aber dem SED-Regime nicht etwa darum, den Sozialismus (als Staats- und Gesellschaftsform) in Unterricht und Lehrbüchern möglichst objektiv in Grundzügen darzustellen, sondern es benutzt die Schule zu ausgesprochener Parteipropaganda, es bedient sich der Schulbücher, um die Parteilehre der SED und ihre Auffassung zu aktuellen politischen Einzelfragen als allgemeinverbindlich zu propagieren (ganz abgesehen davon, daß es auch den Sozialismus verfälscht).

Aus diesem Grunde werden Lehrpläne und Lehrbücher an den sowjetzonalen Schulen auch sehr viel häufiger verändert, als einer kontinuierlichen Unterrichtsarbeit gut tun kann; jede Schwenkung der SED-Politik müssen sie mitmachen. Bildungs- und Erziehungswerte sind für den Lehrer in der SBZ zweifelhafter, als sie es für die deutsche Schule je

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwanglaser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bann, Lennéstr. 1, angefordert werden.

X-OD241

Sonderdruck aus dem
SBZ-ARCHIV
DOKUMENTE · BERICHTE · KOMMENTARE
ZU GESAMTDEUTSCHEN FRAGEN

Copy 1960
#32

Die Zwangskollektivierung in der Sowjetzone

„Auch die von den Feinden der Bodenreform oft kolportierte Behauptung, daß die KPD eine Kollektivierung der Bauernschaft herbeiführen will, entbehrt jeder Grundlage."

Wilhelm Pieck am 2. September 1945 auf einer Versammlung in Kyritz.

Nachdem sich schon ab Mitte 1959 verstärkte Kollektivierungsbestrebungen der Pankow-Regierung abzeichneten, ging man im Frühjahr 1960 zum Großangriff auf die Reste des selbständigen Bauerntums vor.

Wie schon aus den Quartalserfüllungsberichten zum Volkswirtschaftsplan 1959 ersichtlich ist[1]), hat der sozialistische Bereich der Landwirtschaft zwischen Mitte 1958 und 1959 um 10 vH zugenommen. Vergleichsweise wurden von Mitte 1955 bis 1958 — also in der dreifachen Zeit — ebenfalls nur 10 vH der Nutzfläche sozialisiert. Die Zonenpresse behauptete, es handele sich bei den Kollektivierungsmaßnahmen um freiwillige Zusammenschlüsse der Einzelbauern. Zahlreiche Proteste gegen die Bauernverfolgung in der Sowjetzone veranlaßten jedoch den SED-Parteichef Ulbricht, in einem Aufruf[2]) an die Bauern der nördlichen Bezirke der Zone darauf hinzuweisen, daß, falls Tarifeälle vorgekommen sein sollten, dies nicht im Sinne der Regierung sei. In einem weiteren Offenen Brief[3]) steigerte sich Ulbricht zu der Behauptung: *„Aus den ehemaligen rückständigen Agrargebieten werden immer mehr Industrieagrargebiete, in denen Wohlstand und Fortschritt ihren Einzug halten."* Nach seiner Meinung, die eine gehörige Portion Zynismus enthält, soll damit der „erste deutsche Friedensstaat", gemeint ist die Sowjetzone, für die Bürger der Bundesrepublik „noch anziehender" gemacht werden.

Bodenreform als Ausgangsbasis

Ein Rückblick auf die zurückliegenden fünfzehn Jahre Agrarpolitik in der Sowjetzone zeigt, daß das Ulbrichtregime ein Ziel konsequent und rücksichtslos verfolgt: die totale Sowjetisierung der mitteldeutschen Landwirtschaft. Wie in den anderen Ostblockländern wurde auch in Mitteldeutschland zunächst nur der sogenannte Großgrundbesitz durch die Bodenreform zerschlagen[4]). Unter der Devise „Freier Bauer auf freier Scholle" wurde das Land unter einer Vielzahl von Landarbeitern und Kleinbauern aufgeteilt. Danach wurden die von der Bodenreform nicht betroffenen Betriebsgrößen, Wirtschaften von 20 bis 50 und von 50 bis 100 ha, entweder durch Schikanen enteignet oder zur Aufgabe gezwungen. Mit dem Aufbau des Sozialismus begann man, die Einzelbauern in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenzufassen. Das Endziel ist die vollständige Kollektivierung, d. h., aus den freien Bauern sollen landwirtschaftliche Produktionsarbeiter gemacht werden. Nach Lenin[5]) ist die Bauernschaft die letzte kapitalistische Klasse; um aber die Klassen zu beseitigen, muß man den Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern aufheben, muß man sie alle zu Arbeitern machen.

Nach dem Abschlußbericht über die Durchführung der Bodenreform, die Ende 1949 / Anfang 1950 als abgeschlossen galt[6]), sind zwischen dem 1. Februar 1946 und dem 1. Januar 1950 fast 3,3 Mill. ha Land dem sogenannten Bodenfonds zugeführt worden. Die Zusammensetzung dieses Bodenfonds zeigt folgendes Bild:

Zahl der Objekte	Bisheriger Eigentümer	Fläche in ha	Fläche in vH
7 160	Privatbesitz über 100 ha (Groß-Grundbesitz und sog. Junker) . .	2 517 357	76,3
4 537	Privatbesitz unter 100 ha (Kriegsverbrecher)	131 742	4,0
1 288	Ehemaliger Staatsbesitz	337 507	10,2
169	Siedlungsgesellschaften und ehemalige NS-Institutionen . . .	22 764	0,7
384	Staatswälder und Forsten	200 247	6,1
551	Sonstiger Grundbesitz	88 465	2,7
14 089	Gesamtbodenfonds	3 298 082	100,0

Insgesamt wurden 31 vH der Wirtschaftsfläche bzw. 35 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetzone von der Bodenreform betroffen[7]). In Mecklenburg fielen 46 vH der Wirtschaftsfläche und 54 vH der Nutzfläche unter die Bodenreform, in Brandenburg 35 vH der Wirtschafts- und 41 vH der Nutzfläche. In den südlichen Gebieten der Zone waren die Anteile niedriger. In Sachsen sind 20 vH der Wirtschaftsfläche und 24 vH der Nutzfläche, in Thüringen 14 vH der Wirtschafts- und 15 vH der Nutzfläche unter die Bodenreform gefallen. Im Land Sachsen-Anhalt sind 29 vH der Wirtschafts- und 35 vH der Nutzfläche betroffen worden. Naturgemäß war also die Bodenreform in den Agrarländern Mecklenburg und Brandenburg am stärksten wirksam.

Von dem Gesamtbodenfonds sind 1 108 083 ha (33,6 vH) sogenannter gesellschaftlicher Nutzung zugeführt worden, d. h. auf diesem Boden entstanden hauptsächlich „Volkseigene Güter" (VEG). Ein weiterer Teil wurde auf staatliche Forschungsinstitute, Lehranstalten und örtliche Selbstverwaltungsorgane verteilt. Der Hauptanteil von 2 189 999 ha ist zur Schaffung von Neubauernstellen, Land- und Waldzulagen, Gartenlandunterteilungen und als früheres Pachtland wie folgt vergeben worden[8]):

Bodenempfänger	Hektar	Zahl der neuen Höfe	Durchschnittsgröße
Neubauern	1 696 083	210 276	8,1 ha
Land- und Waldzulagen	337 590	122 321	2,8 ha
Hauswirtschaftl. Gartenzuteilungen	114 665	183 261	0,6 ha
In Eigentum überführte Pachtländereien	41 661	43 231	1,0 ha
Insgesamt	2 189 999	559 089	3,9 ha

Da das Bodenreformland entschädigungslos enteignet, also ohne Bezahlung oder Gegenleistung dem Bodenfonds zugeführt wurde, konnte das Land verhältnismäßig billig verschleudert werden. Als Kaufpreis je Hektar wurde der Gegenwert von etwa 1000 bis 1500 kg Roggen nach dem damals gültigen Erfassungspreis zugrunde gelegt. Es konnte aber auch bis 1948 in Vorwährungsgeld und in Raten bis zu 20 Jahren bezahlt werden[9]). Nachdem die enteigneten Besitzer aus dem Landkreis verwiesen worden waren, wurden die neuen Besitzer mit der Auflage, daß das erworbene Land weder verkauft noch geteilt oder verpfändet werden durfte, in das Grundbuch eingetragen. Die alten Grundbuchblätter mit den Angaben über die früheren Eigentumsverhältnisse wurden amtlich vernichtet[10]). Das wenige noch vorhandene Vieh und die kleinen Maschinen und Geräte wurden an die Neubauern verteilt, die damals gegründete „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" (VdgB) erhielt zur Einrichtung von Ausleihstationen für Maschinen die landwirtschaftlichen Großgeräte wie Traktoren, Dreschmaschinen usw. Auf 100 Neu-

x-DD261
#33
2 - APR - 3
Copy ____ 1961

DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK – EINE REALITÄT



X-DD261

AUSSCHNITTE

3 MAY 60

Faksimile-Wiedergaben aus der Fachliteratur und Tagespresse der Sowjetzone, zusammengestellt von der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen

In der „Kunstatmosphäre" der SED

Kunst und „sozialistische Erziehung" in der Sowjetzone.

Eines haben die SED-Bürokraten klar erkannt: Mit den Menschen, wie sie sind, können sie ihren Parteistaat nicht festigen und erhalten. Dazu bedarf es Höriger, denen die Partei-Ideologie sakrosankt und die Beschlüsse des Politbüros Konzentrate der "kollektiven Weisheit der Partei" sind. Auf den Bajonetten der Roten Armee wurde der Bevölkerung Mitteldeutschlands das Ulbricht-Regime serviert, unter dem die Parteibürokratie sehr schnell zur herrschenden, zur gewalttätigsten "Klasse" der deutschen Geschichte emporsprang. Gewaltsam wurde jede freie Meinungsäußerung unterdrückt. Die Wirklichkeit durfte nicht sein, wie sie war, sondern die Partei hatte eine Ideologie, die eine ganz besondere, mit der objektiven und für jedermann wahrnehmbaren Wirklichkeit nicht zu vergleichende "Wirklichkeit" vorschrieb. So wurden die Scheinwahlen in der sowjetischen Besatzungszone zu demokratischen Wahlen; so wurde die der Bevölkerung aufgezwungene Ulbricht-Kamarilla zu einer vom Volke frei gewählten und vom Vertrauen des Volkes getragenen demokratischen Regierung des "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates"; so wurde aus dem Volksaufstand am 17. Juni 1953, bei dem wiederum nur die Bajonette der Roten Armee den Sturz der SED-Bürokratie verhinderten, ein kleiner faschistischer Putschversuch, der an den Arbeiterfäusten zerbrach; so wurde aus der grausamen Vernichtung des freien Bauernstandes die Erfüllung eines jahrhundertealten Freiheitstraumes. Obwohl jedermann sehen und nachprüfen kann, wie diese Dinge wirklich zu bewerten sind, gilt offiziell die Interpretation der Partei; nichts anderes wird geschrieben, gesprochen, gedruckt, gelehrt.

In der Verfälschung der Tatsachen haben die Parteibürokraten Virtuosität erlangt. Sie wollen aber viel mehr. Sie haben sich in ihrem Siebenjahrplan vorgenommen, eine "gebildete Nation" zu schaffen. Darunter verstehen sie ein Volk, das die Wirklichkeit durch die Brille der Partei-Ideologie betrachtet und die objektive Wirklichkeit in Gegenwart und Geschichte leugnet. Die Parteibürokraten wollen Menschen, die daran glauben, die edelste Sache der Welt zu vertreten, die sich auserwählt glauben, die "Vorgeschichte der Menschheit" abzuschließen und das "Reich der Freiheit" zu errichten. Sie wollen Menschen, die davon überzeugt sind, daß ohne die Partei die Menschheit zugrunde gehen würde. Solche Menschen muß man auch heute noch in Ulbrichts "Arbeiter- und Bauernstaat" mit der Laterne suchen; sie müssen erzogen werden. Und dabei spielen Kunst und Literatur eine wichtige

Die „Ausschnitte" erscheinen in zwangloser Folge und begrenzter Auflage. Sie werden, je nach dem Gegenstand der einzelnen Ausgabe, an Fachinteressenten abgegeben und können, soweit die Auflage reicht, bei der Publikationsstelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bonn, Lennéstraße 1, angefordert werden.



#135
3 = OCT 25
1956
X-DD 261



X 60 2.6.1
A1
#36

DAS HANDWERK IM FÜNFJAHRPLAN



3 OCT 25
1955
#37
X-DD 261

#38



Die Wahrheit über Korea

Reden des Stellvertretenden Außenministers der UdSSR J. Malik vor dem Sicherheitsrat der UN

3-OCT 25
Copy 1950
X-DD 261
.A1

X-DD 261
.A1 #39

Gesunde Familie · Glückliche Zukunft

Ministerpräsident

OTTO GROTEWOHL

zur Begründung des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vor der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 27. September 1950

MUTTER

WAS GESCHIEHT MIT DEINEM

KIND

X-DD 261
.A1
#40





X-DD 261
A1
3 – OCT 25
Copy 1951



3 OCT
1955

#42

WER WILL DEN FRIEDEN?

X-00 261
A1

#43

3 - OCT 25
COPY 1955

GESTÄNDNIS EINES USA-FLIEGERS

X-DD 267
A1




3 - OCT 25
1955
Gesünder Vieh -
#44
Gesünde Wirtschaft
X-DD-261

#45

3 - OCT 25
Copy 1955

Das deutsche Gespräch wurde eröffnet

X-DD 261
A1



Dokumentarischer Bericht
von der Reise der Volkskammerdelegation nach Bonn
am 19. und 20. September 1952

37



3-OCT 25
Copy 1955
#46
X-DD 261
A1

Großbauten des Kommunismus



X-DD 261
A1 #47



8-007 25
Copy 1968

REISEN DER FREUNDSCHAFT

Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik



#48

3-OCT 25
Copy 1955

FREUNDSCHAFT

MIT DEM NEUEN CHINA

R-DD 261
A1

